



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2023;

**hier: Unterstützung für die Kommunen jetzt – Geflüchtete in Bayern menschenwürdig aufnehmen und bei der Integration unterstützen
(Kap. 03 13 Tit. 633 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 03 13 wird der Ansatz im Tit. 633 01 (Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände) von 675.515,7 Tsd. Euro um 129.741,1 Tsd. Euro auf 805.256,8 Tsd. Euro erhöht.

Die zusätzlichen Mittel sind vorgesehen

- zur Unterbringung und Versorgung,
- für den Zugang zu Bildungsangeboten insbesondere der Kinder,
- für Kinderbetreuungsangebote,
- für Sprachkurse,
- für psychosoziale Hilfe in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden,
- für den Schutz aller, die besonders gefährdet sind, insbesondere Frauen, Kinder sowie Menschen der LGBTIQ+-Community,
- für die Förderung der Integrationslotsinnen und Integrationslotsen sowie Ehrenamtskoordinatorinnen und Ehrenamtskoordinatoren der geflüchteten Menschen in Bayern.

Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt nach Zuständigkeit in den Epl. 03, 05, 10 und 14.

Begründung:

Die aktuelle Entwicklung bei den Zugangszahlen von Geflüchteten führt in den bayerischen Kommunen zu Engpässen bei der Unterbringung und der Versorgung. Alle staatlichen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen tragen gemeinsam dafür Verantwortung, schutzbedürftige Menschen schnellstmöglich zu versorgen und gut unterzubringen. Wir sehen, dass die Kommunen in Bayern bei der Unterbringung und Versorgung von ukrainischen Flüchtlingen und Asylbewerbern an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit ankommen. Die Staatsregierung muss dringend ein Entlastungspaket schnüren, sodass Kommunen unterstützt werden bei ihrer Hilfe für die Geflüchteten. Deshalb fordern wir, dass sich die Staatsregierung und die Kommunen auf ein bayerisches Maßnahmenpaket einigen und einen Pakt zur Integration schließen. Die Summe von 370 Mio. Euro im

Haushaltsentwurf 2023 reicht nicht aus. Wir fordern ein Entlastungspaket in Höhe von 500 Mio. Euro für die Kommunen in Bayern. Die Kommunen brauchen mehr Geld und Flexibilität, damit sie die Kosten für eine gelingende Integration schultern können.